

## Fünf gegen einen Atomkrieg

Erhard Crome

Die fünf Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, zugleich die „offiziellen“ Atomkräfte – China, Frankreich, Russland, Großbritannien und die USA – veröffentlichten am 3. Januar 2022 eine Gemeinsame Erklärung, dass sie die Vermeidung eines Krieges zwischen Atomwaffenstaaten und die Verringerung der strategischen Risiken als ihre wichtigste Aufgabe ansehen: „Wir bekräftigen, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf. Da der Einsatz von Atomwaffen weitreichende Folgen hätte, bekräftigen wir auch, dass Atomwaffen – solange sie existieren – der Verteidigung, der Abschreckung von Aggressionen und der Kriegsverhütung dienen sollten. Wir sind der festen Überzeugung, dass die weitere Verbreitung solcher Waffen verhindert werden muss.“

Nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI gab es 2020 weltweit 13.400 nukleare Sprengköpfe. Etwa ein Fünftel des Arsenal von 70.000 Sprengköpfen, über das die Atomkräfte Mitte der 1980er Jahre verfügten, zur Vernichtung des Lebens auf der Erde reicht es dennoch. Russland und die USA verringerten ihr Potential, besitzen aber weiterhin 90 Prozent aller Atomsprengköpfe: Russland 6.375 und die USA etwa 5.800. Darüber hinaus verfügt China über 320 nukleare Waffensysteme, Frankreich über 290, Großbritannien 215, Pakistan 160, Indien 150 und Israel über 90 Atomwaffen. Das Arsenal Nordkoreas wird auf 30 bis 40 Waffen geschätzt.

Mit dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen von 1968 wurde versucht, den Bestand der Atomwaffen auf die damaligen Nuklearmächte USA, Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion und VR China zu beschränken. Inzwischen hat er 191 Vertragsstaaten. Vier Staaten sind nicht Mitglied: Indien, Israel, Pakistan und Südsudan. Während letzterer seinen Weg auf internationalem Parkett noch finden muss, sind Indien und Pakistan inzwischen Atomkräfte; für Israel und Nordkorea (trat 2003 aus dem Vertrag aus) gilt das ebenfalls.

Deutsche Mainstream-Medien betonten zu der Erklärung der fünf Mächte, dass sie einen Tag vor der Eröffnung der UNO-Konferenz zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrages abgegeben wurde, und reduzierten ihre Bezugnahme darauf. Aus Teilen der deutschen Friedensbewegung hieß es, aus westlicher Sicht sei das nur eine Propagandaaktion, um vom eigenen Säbelrasseln in Osteuropa sowie im Südchinesischen Meer

abzulenken und die Verweigerung zu kaschieren, sich der UNO-Konvention zum Verbot der Atomwaffen anzuschließen.

Beides greift zu kurz. Zunächst einmal wird die Erklärung der Präsidenten der USA und Russlands, Biden und Putin, vom Juni 2021, dass „ein Atomkrieg nicht gewonnen werden“ könne und „deshalb niemals geführt werden“ dürfe, die ihrerseits eine Grundsatzposition von Reagan und Gorbatschow vom Ende des Kalten Krieges wieder aufnahm, auf alle fünf offiziellen Atomwaffenmächte erstreckt und damit auch den „inoffiziellen“ als Rechtsnorm angetragen. Zugleich wurde betont: „Wir beabsichtigen, unsere nationalen Maßnahmen zur Verhinderung eines unbefugten oder unbeabsichtigten Einsatzes von Kernwaffen beizubehalten und weiter zu verstärken. Wir bestätigen die Gültigkeit unserer früheren Erklärungen zur Entschärfung von Atomwaffen und bekräftigen, dass keine unserer Atomwaffen gegeneinander oder gegen einen anderen Staat gerichtet ist.“ Dies ist die Zusage weiterer Abrüstungsschritte im nuklear-strategischen Bereich und zugleich Absage an den Ersteinsatz von Atomwaffen, den Russland und China ohnehin bereits erklärt hatten. Angesichts der innenpolitischen Debatten in den USA, nukleare Systeme auch als taktische Gefechtsfeldwaffen zu entwickeln, ist die Biden-Administration hier ziemlich weit gegangen.

Zudem erklärten sie, „sich weiterhin um bilaterale und multilaterale diplomatische Ansätze zu bemühen, um militärische Konfrontationen zu vermeiden, Stabilität und Vorhersehbarkeit zu stärken, das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zu verbessern und ein Wettrüsten zu verhindern, das niemandem nützen und alle gefährden würde“. Das ist deutlicher Bezug auf die derzeitigen Spannungen zwischen NATO und Russland sowie im Umfeld Chinas. Auch in Deutschland fordern nicht nur altrechte Kalte Krieger eine „Eskalationsdominanz“ gegen Russland und China. Die führt am Ende folgerichtig zur Drohung mit Atomwaffen. Nun haben jene Mächte, die tatsächlich über entsprechende Potentiale verfügen, bekräftigt, es dazu nicht kommen lassen zu wollen. 🌐

Dr. habil. Erhard Crome

geb. 1951, Politikwissenschaftler und Publizist, geschäftsf. Direktor des *WeltTrends*-Instituts für Internationale Politik

[crome.institut@welttrends.de](mailto:crome.institut@welttrends.de)

